

Pressemitteilung
18. März 2011

Bundesregierung bestätigt:

**Keine weiteren Aktivitäten der Deutschen Bahn
am israelischen Schnellbahnprojekt Tel Aviv-Jerusalem
und den damit verbundenen Völkerrechtsverletzungen**

Am 14. März 2011 hat das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gegenüber dem Bundestagsabgeordneten und Mitglied des Verkehrsausschusses Michael Groß und anderen schriftlich bestätigt, dass es sich bei dem israelischen Schnellbahnprojekt Tel Aviv-Jerusalem „um ein außenpolitisch problematisches und potentiell völkerrechtswidriges Vorhaben handelt“ und „dass es bei diesem politisch sehr sensiblen Projekt keine weiteren Aktivitäten der DB International als Tochter der Deutschen Bahn AG geben wird“.

Der Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel fordert bereits seit langem von der DB den Rückzug und den Stopp jeglicher Investitionen für dieses Projekt, das eines der größten Infrastrukturprojekte Israels ist. Der Streckenverlauf der neuen Verbindung Tel Aviv-Jerusalem führt durch die besetzten palästinensischen Gebiete und setzt damit den von Israel betriebenen Landraub an palästinensischem Boden und die Zerstückelung der Westbank fort.

Die DE Consult als Vorgängerin der DB International analysierte verschiedene mögliche Streckenverläufe und ignorierte dabei die völkerrechtswidrigen Aspekte des Projekts.

Der Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel begrüßt die die Stellungnahme des Bundesministeriums und wertet den Rückzug der DB als Erfolg seiner Bemühungen.

Der Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel fordert von der DB die Beachtung des Völkerrechts bei allen israelischen Infrastrukturprojekten, an denen die DB International beteiligt ist.

Anlage: Brief des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung an den Bundestagsabgeordneten Michael Groß

Kontakt: D. Kirsche, Tel. (0151) 50171182, Email kontakt@kopi-online.de



Herrn
Michael Groß MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

**Betreff: Beteiligung der Deutschen Bahn AG an dem israelischen
Schnellbahnprojekt Tel Aviv-Jerusalem**

Bezug: Ihr Schreiben vom 15.12.2010
Aktenzeichen: LA 16/2432.2/1-Spz/1320406
Datum: Berlin, 14.01.2011
Seite 1 von 2

Sehr geehrter Herr Kollege,

vielen Dank für Ihr Schreiben an Herrn Bundesminister Dr. Ramsauer MdB vom 15.12.2010 zur Beteiligung des Deutsche Bahn-Konzerns an dem israelischen Schnellbahnprojekt Tel Aviv-Jerusalem und möglichen Völkerrechtsverletzungen. Darin bitten Sie um eine Prüfung des Sachverhaltes. Herr Bundesminister hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass Herr Bundesminister Dr. Ramsauer in dieser Angelegenheit in Kontakt mit dem Vorstandsvorsitzenden der DB AG, Herrn Dr. Grube, steht. Die deutsche Botschaft Tel Aviv hat Gespräche zu diesem Thema mit der DB International GmbH geführt.

Die Bundesregierung hat darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Projekt der israelischen Staatsbahn durch von Israel besetztes Gebiet um ein außenpolitisch problematisches und potentiell völkerrechtswidriges Vorhaben handelt, bei dem Statusfragen berührt sind. Die von der Bundesregierung und der EU vertretene Position, dass zwischen dem Territorium des Staates Israel einerseits und den seit 1967 besetzten Gebieten unterschieden wird, wurde dargelegt.

Herr Bundesminister hat dem Vorstandsvorsitzenden der DB AG, Herrn Dr. Grube, die Auffassung der Bundesregierung in einem Schreiben mitgeteilt.

Enak Ferlemann, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung

HAUSANSCHRIFT
Invalidenstraße 44
10115 Berlin

POSTANSCHRIFT
11030 Berlin

TEL +49 (0)30 18-300-2250
FAX +49 (0)30 18-300-2269

psts-f@bmvbs.bund.de
www.bmvbs.de





Seite 2 von 2

Zwischenzeitlich hat die Geschäftsführung der DB International GmbH auch schriftlich bestätigt, dass es bei diesem politisch sehr sensiblen Projekt keine weiteren Aktivitäten der DB International als Tochter der Deutschen Bahn AG geben wird.

Die DB International hat darüber hinaus das Projekt zum Anlass genommen, ihre im Ausland tätigen technischen Mitarbeiter noch stärker dahingehend zu sensibilisieren, sich grundsätzlich nur bei politisch unbedenklichen Projekten zu engagieren.

Ich hoffe, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben, und verbleibe mit freundlichen Grüßen

Enak Ferlemann